lassen aber wenigstens im Ton zweifelhaft, ob dieser Briefwechsel imstande ist, die vorhandenen Verstimmungen zwischen den beiden Ländern zu heben. Ganz unverkennbar sei, daß Poincare nach Abstrich der schönen Redensarten in den Hauptpunkten ebenso unnachgiebig dastehe, wie je zuvor.

Aussichten.

Ein Berichterstatter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" hatte in Paris eine anderthalbstündige Unterredung mit einem Mitgliede eines der beiden Sachverständigenausschüsse. Dieser Gewährsmann äußerte sich sehr vertrauensvoll über die Resultate der Sachverständigenarbeiten bevorstünden. Die einflußreichen französischen Finanz- und Wirtschaftskreise seien anscheinend des bisherigen Zustandes müde und wünschten eine baldige Lösung der Reparationsfrage.

Die Aussichten für eine Anleihe seien ebenfalls nicht ungünstig. Allerdings dürfte eine Anleihe kaum vor dem Herbste ausgeschrieben werden.

Die Stabilisierung bis zur Schaffung der neuen deutschen Währung festzuhalten, erscheint den Sachverständigen als eine ihrer Hauptaufgaben, weshalb sie dem Schachtschen Plan auf Gründung einer Goldkreditbank ihre Zustimmung gaben. Die Sachverständigen machen sich keine Illusionen darüber, daß auswärtige Devisen, soweit sie Deutschen gehören, zu diesem Zwecke nur in geringem Umfange nach Deutschland zurückfließen dürften. Aber sie haben die Gewißheit, daß der deutschen Industrie zum ersten Mal auswärtige Kredite zufließen werden. Freilich wird es sich vorläufig nur um eine eingeschränkte Kreditsumme handeln, und in mancher Hinsicht wird auch weiterhin die Drosselung der deutschen industriellen Tätigkeit fortgesetzt werden müssen wie sie in den letzten Monaten notwendig geworden war. Diese Drosselung muß fortgesetzt werden, damit die Stabilisierung der Rentenmark fortdauern kann. Aber selbst Kredite in der Höhe von 100 Millionen Goldmark, wie sie wenigstens für die Goldkreditbank zu erwarten sind werden der deutschen Industrie und der deutschen Ausfuhr eine gewisse Atmungs- und Bewegungsfreiheit verschaffen.

Prägung von Silbergeld. Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf eines Gesetzes, das den Reichsfinanzminister ermächtigt, Reichssilbermünzen über 1, 2, 3 und 5 Mark herstellen zu lassen. Der Gesamtbetrag der neuen Silbermünzen soll bis auf weiteres 5 Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.

Serbien und Bulgarien. Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Die Belgrader Nachrichten von einer angeblichen an der jugoslawischen Grenze erfolgten Konzentration bewaffneter Banden in Stärke von 20 000 Mann, die, von der bulgarischen Regierung unterstützt, Serbien anzugreifen beabsichtigen, entbehrt jeder Begründung. Das bulgarische Volk hat den aufrichtigen Wunsch, im Frieden an seiner wirtschaftlichen Erholung zu arbeiten, seine Verpflichtungen aus den Friedensverträgen zu erfüllen und dadurch das Vertrauen der ganzen zivilisierten Welt zu gewinnen.

Von Stadt und Land.

Aue, 3. März

Der Abbau des Ausnahmezustandes.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 29. Februar 1924 verschiedene noch in Kraft befindliche Verordnungen, die früher auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden waren, aufgehoben. Es handelt sich um die Verordnung vom 26. Juni 1922, wonach Regimentsfeiern und ähnliche Veranstaltungen verboten werden konnten, um die Verordnung vom 4. Juli 1922, die für die Provinzen Nieder- und Oberschlesien Beschränkungen der persönlichen Freiheit zuließ, endlich um die Verordnung vom 10. August 1923 über das Verbot periodischer Druckschriften. Diese Verordnungen sind durch die Verordnung über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 inhaltlich überholt.

* * *

Die Verwirrung in der sächsischen Sozialdemokratie.

Der Bezirk Glauchau-Meerane der SSPD. hielt am Sonntag seine Kreisgeneralversammlung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, die im Sinne der Reichstagsmehrheit lautet und zur sächsischen Frage erklärt, daß darüber der Reichsparteitag zu entscheiden hat. Es dürfe nicht verkannt werden, daß die 25 Genossen der Fraktion in schwerer Lage gehandelt haben.

Demgegenüber ergab die Delegiertenversammlung von Groß-Dresden die völlige Umstellung des früher mehrheitssozialistischen Bezirks in einen unabhängigen. Es wurden Resolutionen angenommen, die die Politik der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion für verfehlt halten und in der wieder schärfster Klassenkampf zur Grundlage sozialdemokratischer Politik gefordert wird. Die Entschließung fand mit 350 gegen 85 Stimmen der Delegierten Annahme. Dementsprechend wurden auch nur radikale Kandidaten für den Reichsparteitag und zu den Reichstagswahlen aufgestellt.

Verwirrung in Berlin, Verwirrung in Sachsen unter der Sozialdemokratie. So bedauerlich es nach der einen Seite hin ist, daß Leute wie Bernstein, vor deren geistigen Qualitäten auch der Gegner Achtung haben muß, so wenig Anhang haben, so gut ist es nach der anderen Seite hin, daß zwischen dem radikalen Flügel und den Gemäßigten ein scharfer Trennungsstrich gezogen wird. Im ganzen genommen aber bewahrheitet sich das, was Haß in seinem Artikel in den „Foreign Affairs" zum Ausdruck bringt (vergl. den Auszug: „Arbeiter und Kriegsfolgen).

•

Tagung der sächsischen Hausbesitzer in Chemnitz.

Ein außerordentlicher Verbandstag der sächsischen Hausbesitzervereine, von über 8000 Hausbesitzern besucht, beschäftigte sich in Chemnitz mit Fragen der Wohnungswirtschaft, die durch die 3. Steuernotverordnung so stark beeinflußt wird. Die Hauptversammlung am Sonntag nahm zunächst mit Entrüstung Kenntnis von der Haltung der sächsischen Regierung gegenüber der Tagung. Das Justizministerium hatte auf Einladung zur Tagung erklärt, daß ihm die Entsendung eines Vertreters unmöglich sei. Das Wirtschafts-, Innen- und Finanzministerium ließen die Einladung überhaupt unbeantwortet. Eine einstimmig angenommene Protestkundgebung auf Antrag des Stadtrates Schütze-Leipzig besagte u. a.: Die sächsischen Hausbesitzer sind empört über die Stellungnahme des Justizministeriums bei den früheren und letzten Mietfestsetzungen. Sie fordern von der Landesregierung, daß sie das Justizministerium anhält, den berechtigten Belangen der Hausbesitzerschaft bei den Mietfestsetzungen Rechnung zu tragen und den jetzigen Referenten durch einen Herrn zu ersetzen, der die Hauswirtschaft zu beurteilen versteht.

Den ersten Vortrag hielt Baumeister Großmann-Dresden über die Auswirkungen der Zwangswirtschaft auf den Bau- und Wohnungsmarkt. Er bezeichnete die Wohnungsnot als Auswirkung der Wohnungszwangswirtschaft. Die Anwendung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes hätten den derzeitigen Nutznießern ein Wohnprivileg geschaffen, daß unsere Wohnungslosen und den Nachwuchs entrechtet und ins Ausland treibt. Der Produktionsprozeß für neue Wohnungen sei durch die Zwangswirtschaft gestört. Die neue Bautätigkeit könne solange nicht aufleben, wie die Miete für die alten Wohnungen gerade die Wirtschaftskosten decke ohne Verzinsung des angelegten Kapitals. Als Voraussetzung für eine gesunde Wohnwirtschaft forderte der Redner daß die Miete staffelweise bis 1. April 1925 auf Vorkriegshöhe gebracht wird und daß die Wegsteuerung eines Teiles des in der Miete für die Verzinsung enthaltenen Betrages unterbleibe. Eine Mietsteuer im Sinne der 3. Steuernotverordnung lehnte der Redner entschieden ab. Endlich forderte er restlose Beseitung der Zwangswirtschaft.

Sodann sprach Syndikus Dr. Dumjahn-Dresden über Hypothekenaufwertung. Er forderte sofortige Wiederaufnahme einer sich staffelweise erhöhenden Goldverzinsung. Die gesetzliche Aufwertung begrüßte der Redner als Morgenröte einer besseren Zukunft.

Endlich sprach Direktor Ackermann-Leipzig über Neuregelung des Mietzinses. Die Ausführungsverordnungen Sachsens widersprächen direkt dem Reichsmietengesetz, da der Hausbesitzer aus seiner Kasse Zuschüsse leisten müsse, die ihn ruinieren. Der Redner stellte bezüglich der neuen Mietpreisbildung nach der 3. Steuernotverordnung folgende

Forderungen:

Die Miete muß unbedingt alle Lasten der Häuser decken und dem Eigentümer angemessenes Entgelt für sein Kapital und seine Mühewaltung geben. Die im Verhältnis zur Friedenszeit weit höheren Ansprüche für Instandsetzungsarbeiten sind entsprechend zu berücksichtigen. Die jeweilig neuaufgebesserte Miete wird lediglich in dem gesamten Prozentsatz der Friedensmiete bekannt gemacht und steht dem Vermieter zur alleinigen Verfügung. Bei gewerblichen Räumen sind Zuschläge zur Miete gestaffelt mit 25 bis 75 Proz. Zuschlag der jeweiligen Miete festzusetzen. Die Mieten müssen bis 1. April 1925 die Höhe erreichen, daß die Bautätigkeit die Freizügigkeit wieder herstellen kann. Als dringlichste Forderung bezeichnete der Redner die sofortige Aufhebung des Reichsmietengesetzes.

* * *

Weihe des Leipziger Senders.

Sonnabend nachmittag fand im Meßamte die Weihe des Leipziger Senders statt. Im Auftrag der Mitteldeutschen Rundfunk-A.-G. Leipzig begrüßte Dr. Otto, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft, die Erschienenen. Nach den Vorschriften der Reichsregierung habe der Sender dem Unterhaltungsrundfunk zu dienen, die Gesellschaft werde sich aber bemühen, nicht nur Unterhaltung, sondern auch Höheres zu bieten. Der Radiodienst müsse ein Kulturfaktor werden, auf künstlerischem, wissenschaftlichen und geistigem Gebiete. Da der Sender nicht nur den Freistaat Sachsen, sondern auch den Freistaat Thüringen und einen großen Teil der Provinz Sachsen berühre, erwachse Leipzig eine besondere Verpflichtung. Man werde die schwere Aufgabe in Zusammenarbeit mit anderen Kulturzentren, wie Dresden, Halle, Weimar und Jena zu lösen versuchen. Die Verhandlungen in dieser Richtung sind bereits im Gange. Hierauf dankte Dr. Jaeger namens der Mitteldeutschen Rundfunk-A.-G. Leipzig und der Radiovereinigung Leipzig allen Mitarbeitern am Werk. Der Präsident der Oberpostdirektion Leipzig, Krug, verlas ein Glückwunschtelegramm des Reichspostministers Dr. Hoefle, und gab seinerseits die Versicherung ab, daß die O. P. D. alles zur Förderung des neuen Unternehmens tun werde, was zu tun möglich sei. Oberbürgermeister Dr. Rothe dankte der O. P. D., daß sie sich bei der großen Konkurrenz bemüht habe, den Sender nach Leipzig zu bekommen. Schließlich sprach ein Vertreter der Radio-Industrie, der erklärte, daß die d malige Ausstellung infolge der Kürze der Zeit nicht die Vollkommenheit aufweise, die man vielleicht erwartet habe, daß man aber im Herbst mit einer großen Radio-Messe aufwarten werde.

An dem im Meßamt aufgestellten Sendeapparat ergriff zunächst der Präsident der Oberpostdirektion, Krug, das Wort und gab folgenden Funkspruch weiter: „Leipzig als alte Messe- und Buchhändlerstadt hat von sich aus zur Hebung des gesamten Postverkehrs beigetragen, daß es dem Reichspostministerium eine besondere Freude ist, diesmal Leipzig mit der Gabe des Mitteldeutschen Rundfunk-Senders erfreuen zu können. Das Reichspostministerium ist aber auch der Ueberzeugung, daß es damit zugleich dem gesamten Interesse des mitteldeutschen Bezirkes am besten gedient hat.

Oberbürgermeister Dr. Rothe gab folgenden Spruch durch: Ich freue mich als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, den Mitteldeutschen Rundfunksender für die Stadt in Obhut nehmen zu können. Es freut mich, daß vermöge der neuesten Technik die in dem Bereich des Senders liegenden Städte und Ortschaften auf diesem drahtlosen Wege in noch engere Beziehungen treten können, als es durch den bisherigen Stand möglich war.

Ein Vertreter der sächsischen Regierung gab folgende Meldung weiter: Wenn ich als Vertreter der sächsischen Regierung den Mitteldeutschen Rundfunksender in Leipzig bei seiner Inttätigkeitsetzung das Geleitwort gebe, so tue ich es in dem Bewußtsein, daß ganz Mitteldeutschland sowohl in geistiger wie in wirtschaftlicher Beziehung ein einheitliches Ganzes bildet. Damit erwächst der Mitteldeutschen Rundfunk-Gesellschaft die Pflicht, diese engen Interessen in jeder Weise zu fördern und zu pflegen, und ich glaube, daß sie diesen Erwartungen auch voll entsprechen wird. Die sächsische Regierung begrüßt außerordentlich, daß hier ein neues Verbindungsglied zwischen Sachsen und den angrenzenden Gebieten geschaffen wurde.

Leider kann der Sender noch nicht in Betrieb genommen werden. Man hofft aber, die technischen Schwierigkeiten noch während der Messe beseitigen zu können.

* * *

Neue Lohnforderungen für die Stickerei- und Spitzenindustrie. Der Vogtländischen Fabrikantenschutzgemeinschaft sind vom Deutschen Textilarbeiterverband neue Lohnforderungen unterbreitet worden. Es werden gefordert für Sticker in der Spitze 70, für Arbeiterinnen 55 Pfg. Stundenlohn. Die Verhandlungen sollen diese Woche stattfinden. Zur Beratung kommt dabei auch der gekündigte Manteltarif.

Viehmarkt in Aue am 3. März 1924. Amtliche Preisnotierungen:

Ochsen, vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	0.45	Mk.
Ochsen, junge fleischige nicht ausgemästete	0.38	„
Ochsen, mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	0.30	„
Ochsen, gering genährte	0.27	„
Bullen, vollfleischige jüngere	0.38	„
Bullen, mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	0.35	„
Kühe und Kalben, vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	0.40	„
Kühe, vollständig ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	0.35	„
Kühe, ältere ausgemästete, und Kühe und Kalben, jüngere gut entwickelte	0.28	„
Kühe, gut genährte, und Kalben, mäßig genährte	—	„
Schafe, Mastlämmer und jüngere Masthammel	0.60	„
Schafe, ältere Masthammel	0.50	„
Schweine, vollfleischige der feineren Rasse und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahr	0.75	„
Fettschweine	0.80	„
Schweine, fleischige	0.70	„

Geschäftsgang: langsam.

Obige Preise sind Marktpreise. Die Stallpreise sind nach den Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20 Prozent, für Kälber und Schafe 10 Prozent und für Schweine 15 Prozent niedriger.

Für Fernsprechteilnehmer, die abbauen. Nach einer Verfügung der Reichspostverwaltung werden allen Fernsprechteilnehmern, die infolge der Geldentwertung im Oktober, November und Dezember ihren Anschluß kündigten, bei Wiederaufnahme des Anschlusses die Kosten erlassen.

August-Ludwig-Abend. Man schreibt uns: August Ludwig ist ein weit über Thüringens Grenzen hinaus bekannter Dichter. Seine Schnurren und Geschichten und seine neueste Schrift „Wie die Alten sungen . . ." erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Ludwigs Stärke ist sein würziger, goldener Humor. Er wird Donnerstag-Abend vorwiegend Heiteres aus seinen Schriften zum Besten geben.

Sonnenfinsternis am Mittwoch. In den Nachmittagstunden des 5. März findet eine partielle Sonnenfinsternis statt. Der größte Wert der Verfinsterung der Sonne durch den Mond beträgt 0,58 ihres Durchmessers. Die Finsternis ist für unsere Gegend unsichtbar und kann nur auf der südlichen Halbkugel beobachtet werden (da der Sinus der Entfernung Sonne—Mond zur Basis Sonne—Erde den Wert 0 nicht erreicht). Weller, Tel.-Oberleitungsaufseher.

Sonnenaufgang am 5. März 6.40, Sonnenuntergang 5.45, Mondaufgang 6.40 früh, Monduntergang 5.57 nachm., 5 Uhr nachm. Neumond; 2.55 nachm. bis 6.55 abends partielle Sonnenfinsternis, bei uns unsichtbar.

* * *

Kunstr. Unentgeltliche Totenbestattung. Die Gemeindeverordneten nahmen das Ortsgesetz über die unentgeltliche Totenbestattung ab 1. Januar d. J. mit einigen Abänderungen an, ebenso das Ortsgesetz über die Erhebung einer Feuerschutzabgabe in Höhe der Ausgaben für das Feuerlöschwesen umgelegt nach den Einheiten der Landesbrandversicherung. Der Zuschlag für die Gewerbesteuer auf 1923 wurde auf 125 v. H. festgesetzt.

Schwarzenberg. Vortrag über Obstbau. Ueber den Anbau von Obst und Beerenfrüchten in den höheren Gebirgslagen, Sortenwahl, Pflege und Düngung der Obstbäume und Beerensträucher wird Obstbau-Inspektor Lindenberg aus Auerbach am Sonntag, den 9. März nachm. 3 Uhr im Maischen Gasthaus in Schwarzenberg-Wildenau einen öffentlichen Vortrag halten. Freunde des Obst- und Gartenbaues, auch Frauen, sind dazu eingeladen.

Klingenthal. Der Hund als Lebensretter. In einem Hause in Unterklingenthal brach nachts ein Stubenbrand aus. Ein kleiner Pudel weckte durch fortgesetztes Bellen und Winseln die im ersten Stock schlafenden Hausbewohner und rettete ihnen das Leben, denn das ganze Haus war bereits mit Rauch angefüllt und die Dielen glimmten.

Letzte Drahtnachrichten.

Aus Pirmasens.

Nach den bekannten Vorgängen vor dem Gebäude des Bezirksamtes waren von den Franzosen etwa 25 Separatisten im Polizeigebäude untergebracht worden, die auf Befehl des französischen Bezirksdelegierten von der Stadt mit Bettwäsche und Schuhwerk versorgt und beköstigt werden mußten. Bisher sind 10 von diesen Separatisten mit unbekanntem Bestimmungsort abtransportiert worden. Im städtischen Krankenhaus wo ein deutscher politischer Gefangener von den Franzosen bewacht wird, müssen die heute untergebrachten verwundeten Separatisten von einem deutschen Schutzmann, in dessen Begleitung sich ein marokkanischer Soldat befindet, gepflegt werden. In der Nacht zum 27. Februar überfiel der dem deutschen Schutzmann beigegebene Marokkaner eine deutsche Krankenschwester. Sie konnte sich losreißen und in das Zimmer des Schutzmannes flüchten. Der Marokkaner wurde am nächsten Tage von der Besatzungsbehörde fortgenommen.

Graf von Bernstorff wieder demokratischer Reichstagsabgeordneter.

Der Landesparteitag der deutsch-demokratischen Partei für Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg hat als ersten Kandidaten für die Reichstagswahlen den Botschafter a. D. Grafen von Bernstorff einstimmig aufgestellt.

SLUB
Wir führen Wissen.